



Fraktion im Beirat Walle

Verfassungsfeindliche Bestrebungen.

09. Juli 2017

Der Stadtteilbeirat Walle möge beschließen:

Der Stadtteilbeirat Walle lehnt es ab, Gruppen zu unterstützen, welche direkt oder indirekt (z.B. durch Spenden an verfassungsfeindliche Organisationen oder Personen) verfassungsfeindliche Bestrebungen entfalten. Die Missbilligung verfassungsfeindlicher Bestrebungen ist gleichermaßen für rechts- UND linksextreme Fälle anzuwenden.

Begründung:

Wäre ich am 08. Feb. 2017 mit allen Aspekten rund um das „Zuckerwerk“ vertraut, so hätte ich mich nicht enthalten, sondern gegen die Unterstützung des „Zuckerwerkes“ gestimmt. Hielt ich die jungen Leute damals im Wesentlichen für Menschen, welche nur feiern wollen, und als Mittel zum Zweck politisch opportunes Verhalten zeigen, wozu offenbar auch der Kampf gegen die AfD zählt.

Mittlerweile kommen Tatsachen ans Licht, welche keiner demokratischen Partei gefallen dürften. Die offen gezeigte Affinität zu Krawall-Gruppen (Antifa und Autonome) ist eine Sache (Siehe Anhang Zucker 09 bis 12).

Dass aber offen für die „Rote Hilfe“ geworben wird, und Spenden für diese verfassungsfeindliche Organisation gesammelt werden, geht eindeutig zu weit. Wie groß wäre das Geschrei der „demokratischen Parteien“ würde ich eine Benefizveranstaltung für die „identitäre Bewegung“ bewerben?

Das, was ich schon bei nur oberflächlicher Suche über die „Rote Hilfe“ im Netz gefunden habe ist offensichtlich hochkriminell! (siehe Anlage Links und Hinweise).

Dem geneigten Leser steht es frei, sich weitere Informationen über die vom „Zuckerwerk“ unterstützte „Rote Hilfe“ zu besorgen. Ein Parteikollege aus der AfD hat das „Zuckerwerk“ nach seinen Angaben bei Taten beobachtet, für welche jeder normale Bürger mindestens einen Bußgeldbescheid bekommen hätte. (siehe Anlage Zuckerwerk und Naturschutz)

Aber allem Anschein nach hat das „Zuckerwerk“ ein Abkommen mit der rot-grünen Politik (siehe Anlage Zucker 07). Über die Gegenleistung der „Zuckerwerker“ kann man nur spekulieren. Soll vielleicht der AfD auf „kreative Weise“ das Leben schwer gemacht werden?

Ich denke, dass sich mit dieser Angelegenheit auch Herr Tassis als Bürgerschafts-abgeordneter befassen sollte, da es ganz Bremen betrifft.

G. Höns